

Staatsstreich in Zeitlupe

2. KAPITEL: DIE KINDESWEGLEGUNG

Andreas van de Kamp
andreasvandekamp@gmail.com

Dem zum Österreich-Patrioten erblühten Strache und dem Rest der EU-kritischen Rechten stehen zwei Staatsparteien gegenüber, die über fünf Jahrzehnte lang ein Vorrecht auf Patriotismus beansprucht haben. Das mit einem gewissen historischem Recht, denn ÖVP und SPÖ haben nach dem Zusammenbruch Hitlerdeutschlands die Rolle der politischen Paten der Zweiten Republik übernommen. Sie waren es, die 1945 um die Wiege des frisch geborenen "Babys" standen.

Ein Gründungsmythos¹ will wissen, dass sich die miteinander verfeindeten Politiker in den Nazi-Konzentrationslagern ausgesöhnt haben und damit erst das Entstehen eines selbstständigen Staates ermöglicht hätten.

Wirklich ? Nun - vielleicht. Vielleicht haben sie sich nicht wirklich versöhnt und das Verdienst der Gründerväter bestand zunächst nur darin, den Russen und Amerikanern in die Arme zu laufen. Die Besatzungsmächte benötigten zu diesem Zeitpunkt jedenfalls dringend Personal für die Führung der Tagesgeschäfte - politisch nicht kompromittierte Leute mit der passenden Muttersprache (und Sprachfärbung).

Dennoch kann keine Rede davon sein, dass SPÖ und ÖVP von den Besatzern irgendwie im Rucksack mitgebracht oder als Marionettenregierung eingesetzt worden wären (wie das heute oft der Fall ist). Karl Renner und Leopold Figl waren von Anfang an populär und verfügten über eine große Integrationskraft; sie waren das Symbol dafür, dass der Alptraum vorbei war und sich die Leute Hoffnung auf einen Neuanfang machen durften.

Wähler, die sich heute nicht mehr zuzugeben trauen, soeben doch wieder für SP oder VP gestimmt zu haben, können sich das kaum noch vorstellen. In der ersten Wahl nach dem Krieg votierten 94 Prozent für die beiden Großparteien, die damals noch zu Recht so hießen. In den unmittelbar darauf folgenden Jahren verringerte sich dieser Prozentsatz etwas, weil die Nationalsozialisten wieder wählen durften und ein deutschnationales "drittes Lager" entstand. Dieses blieb aber eine Randerscheinung.

¹ "Geist der Lagerstraße"

Die entscheidende historischen Verdienste erwarben sich Rot und Schwarz in den zehn Jahren nach dem Krieg, in denen sie im sowjetisch besetzten Osten ein Abdriften in eine kommunistische Diktatur verhinderten. Sie bewahrten das Land vor dem Rückfall in eine unproduktive Kommandowirtschaft und konnten eine weitere Teilung des seit 1918 ohnedies schon stark verkleinerten Staatsgebiets abwenden. Politiker von SPÖ und ÖVP raufte sich 1954/55 um jeden Halbsatz im österreichischen Staatsvertrag und waren dabei letztlich erfolgreich.

Im Zeichen der Reblaus

Die Rede ist von Leopold Figl und Bruno Kreisky, Julius Raab und Adolf Schärf und nicht von freiheitlichen oder grünen Politikern, auch nicht von BZÖlern oder Stronach-Leuten. Sie mögen die "Fortune" gehabt haben, zur richtigen Zeit am richtigen Platz gewesen zu sein, aber es war nicht nur das sprichwörtliche "Glück der Dummen". Sie hatten die Auffassungsgabe, die Hartnäckigkeit und das Geschick, die historische Gelegenheit wahrzunehmen und zu nutzen.

Die Schulkinder haben es jahrzehntelang eingebläut bekommen: die Entstehung eines freien Staats an der Nahtstelle des Kalten Kriegs war ein Wunder, zumindest aber ein historisches Unikum.

In der Legende mussten die Verhandler zum Schluss vor allem bei den Russen zum letzten Mittel greifen. Eine berühmte zeitgenössische Karikatur zeigt die österreichische Delegation, die von vor Rührung weinenden Sowjets umgeben ist. Der Außenminister flüstert dem Zither spielenden Bundeskanzler zu: „Jetzt, Raab, no die Reblaus², dann san's waach!"

Die Österreicher vergaßen der Volkspartei und den Sozialisten diesen Erfolg nicht - jedenfalls nicht so schnell. Sie rechneten es ihnen auch an, dass der Staat bei den klassischen Kriegsreparationen relativ glimpflich davonkommen konnte.³

Ohne Zweifel ist den Österreichern noch lange vor der Erfindung des Begriffs "Politikverdrossenheit" klar geworden, dass ÖVP und SPÖ auf ihre Kosten halbe-halbe gemacht und sich des Staats bemächtigt haben; dass sie gegen den Geist der republikanischen Staatsform eine Oligarchie, eine Herrschaft der Wenigen errichtet haben.

Nicht nur den Nutznießern dieses Systems und den Intellektuellen, sondern auch den Zeitungen war schon in den 1960ern das Schlagwort vom Proporzsystem geläufig. Und doch scheint das Unbehagen darüber im Establishment stärker gewesen zu sein als bei den einfachen Leuten.

Die "Zweiparteien-Diktatur" schmälerte die Beliebtheit von SPÖ und ÖVP bei den Wählern

² Heurigenlied

³ Was übrigens auch Verdienst der viel kritisierten letzten österreichischen Regierung war. Kurt Schuschniggs "Ich weiche der Gewalt" war im März 1938 bedeutungslos, wirkte später aber wie ein letzte Notariatsakt einer vergewaltigten Nation.

zunächst nur wenig: Weder die Wahlbeteiligung noch die Unterstützung der beiden Großparteien gingen in einem nennenswerten Ausmaß zurück, wie ein Vergleich von Nationalratswahlen zeigt, zwischen denen immerhin ein Zeitraum von 30 Jahren liegt.

1956, bei der ersten Wahl nach dem Staatsvertrag, konnten ÖVP und SPÖ zusammen 89 Prozent der Stimmen erringen. Bei der Wahl 1986 kamen sie auf zusammen noch 84,4 Prozent, obwohl klar war, dass man nach 16-jähriger Unterbrechung wieder zur schon einigermaßen verschlissenen großen Koalition zurückkehren würde.⁴

Politische Erosion
NR-Wahlen in %⁵

	1956/Wahlbeteiligung	1986/Wahlbeteiligung	1999/Wahlbeteiligung
SPÖ	46	43,1	33,2
ÖVP	43	41,3	26,9
SPOVP/Wahlbeteiligung insgesamt	89 /94,3	84,4 / 90	60,1 / 80,4

Die wirkliche politische Legitimation von ÖVP und SPÖ hängt bis heute eng mit der Wiederherstellung einer österreichischen Staatlichkeit und der Erlangung einer bis dahin ungekannten Freiheit und wirtschaftlichen Prosperität zusammen.

In den 1990er-Jahren diese sich aber - aus welchen Gründen immer - dazu entschlossen, auf dieses Erbe zu verzichten. Das führt zu einer in Trippelschritten erfolgenden Distanzierung vom bis dahin geförderten kleinösterreichischen Patriotismus, vor allem zur Abkehr vom Grundsatz der Bürgersouveränität und dem bis dahin unbestrittenen Recht des "Citoyen"⁶, das politische Schicksal "seines" Staats selbst mit zu bestimmen.

Mit der Wende haben SPÖ und ÖVP auch ihre Loyalitäten gewechselt. Diese gelten nicht mehr jenen, die ihre Politiker mit Mandaten ausgestattet haben, sondern einem nebulösen europäischen Staat und - vielleicht - einem noch viel nebuloseren Unionsvolk. Wenigstens in der Theorie. Praktisch leiten die beiden Parteien heute ihre Herrschaftsberechtigung vom Wohlwollen befreundeter Regierungen, der Kommission oder von einigen, wenig repräsentativen Abgeordneten im Europa-Parlament ab.

SPÖ und ÖVP haben eine Art Kindesweglegung begangen - was sie zwar nicht zugeben können, was aber jeder aus ihrem Verhalten erkennen kann. Um zwischen dem schönen Schein und der

⁴ Der junge Rechte Jörg Haider hatte zuvor den bisherigen SP-Koalitionspartner Norbert Steger als FP-Chef ersetzt und der neue SP-Chef Franz Vranitzky hatte sich festgelegt, er werde Haider nicht als Koalitionspartner akzeptieren.

⁵ Quelle: Innenministerium, Wikipedia

⁶ "Staatsbürger, der in der Tradition und im Geist der Aufklärung aktiv und eigenverantwortlich am Gemeinwesen teilnimmt"; <http://de.wikipedia.org/wiki/Citoyen>

bitteren Wahrheit besser unterscheiden zu können ist es nützlich, einen juristischen Begriff zu verwenden, das sogenannte "konkludente Handeln".

Beim "schlüssigen Verhalten" bringt eine Person ihren Willen zum Ausdruck ohne dass sie diesen ausspricht oder schriftlich niederlegt. Bei den Juristen geht es zwar meistens um das Eingehen eines Vertrags - und im konkreten Fall geht es um das Gegenteil. Das Konzept bleibt aber das gleiche.

"Konkludentes Handeln" liegt beispielsweise vor, wenn jemand ohne Fahrkarte in eine U-Bahn einsteigt. Wird die Person erwischt, kann sie sich nicht darauf ausreden, dass sie ja nicht darum gebeten hat, von A nach B transportiert zu werden. Allein durch ihr Agieren hat sie einen "Beförderungsvertrag mit den Verkehrsbetrieben" geschlossen.

Ähnlich haben die Berufspolitiker von SPÖ und ÖVP durch ihr Handeln zu erkennen gegeben, dass ihnen der Wille der Bevölkerung in Sachen Europapolitik oder Neutralität einerlei ist. Mit Beispielen dafür könnte man viele Seiten füllen, in einem späteren Kapitel wird dies am Beispiel der Zeit zwischen 1995 und 2000 dokumentiert.⁷ Weil das ständig und immer nach demselben Muster passiert kann es sich nicht um einen Zufall oder eine Ausnahme handeln. Um im Bild zu bleiben: Wer immer wieder beim Schwarzfahren erwischt wird, kann auf nicht glaubwürdig behaupten, die Fahrkarte daheim vergessen zu haben.

Den schlechten Eindruck, den sie hinterlassen, versuchen Rot und Schwarz durch symbolische Politik zu zerstreuen, etwa mit dem "Demokratiepaket", das im Sommer in Begutachtung gegangen ist. Über dieses will man angeblich mehr Volksbefragungen zulassen, schließt aber von vornherein die wichtigsten Themen aus - und nicht nur solche, die Grund- und Menschenrechten zuzuordnen sind (und die damit ein nicht abstimmungsfähiges Thema sind).

Nicht zugelassen sind beispielsweise Befragungen über alle bisherigen EU-Rechtsakte⁸, deren Umsetzung heute ja 80 Prozent der Gesetzgebung ausmachen. Sollte ein politisch unliebsames Thema die vorgesehenen Hürden dennoch überspringen, liegt es im Ermessen der Bundeswahlbehörde (!) doch keine Volksbefragung abzuhalten.

Das geplante Gesetz hat erkennbar den Zweck, den "Elefanten im Wohnzimmer" unseres politischen Systems zu verbergen.⁹ Dieser Elefant symbolisiert die komplette Verselbständigung der (bundes)politischen Klasse, die niemandes Aufmerksamkeit entgangen sein kann.

Die einzige Handhabe, die den Bürgern noch bleibt, ist der Entzug ihrer Unterstützung in der Wahlzelle. Das passiert mittlerweile in großem Maßstab, wird von den Parteien und den von

⁷ Siehe "Gekidnappte Volksherrschaft"

⁸ OTS 211, 28.6.2013

⁹ Mit diesem Sprachbild wird eine offenkundige Tatsache bezeichnet, die aber geflissentlich ignoriert wird, weil es zu unangenehm ist, darüber zu sprechen.

diesen abhängigen Demoskopen und Politologen aber nur wenig beachtet. Die halten das im allgemeinen für schlechte Laune, Demokratiemüdigkeit, oder einen überall stattfindenden Automatismus, mit dem sich eine demokratische Staatsform abzufinden habe - eine Art Naturgesetz und im Endeffekt auch nicht besonders dramatisch.

Letzteres aber ist aber entweder Zweckoptimismus oder eine zu kurzfristige Perspektive. Über die 60 Jahre der Zweiten Republik betrachtet ergibt sich folgendes Bild: In den ersten 30 Jahren haben SPÖ und ÖVP nur etwa fünf Prozentpunkte verloren, ähnlich geringfügig ging bis Mitte der 1980er auch die Wahlbeteiligung zurück (siehe Tabelle oben). Von 1986 bis 2008 brach die Unterstützung für SPOVP¹⁰ dann aber um zusammen 24 Prozentpunkte ein und bei den anstehenden Herbstwahlen 2013 droht ein weiterer Aderlass auf unter 50 Prozent.

Ein Teil dieses "Erosionsprozesses" fällt zeitlich mit dem Aufstieg der FPÖ und Jörg Haiders zusammen. Dieser lässt sich aber nicht hinreichend darauf zurückführen, wie die Wahlergebnisse in den vergangenen zehn Jahren zeigen.

2002, nach der Spaltung der FPÖ in Knittelfeld, konnte man kurzfristig meinen, für die "Altparteien" sei mit zusammen fast 79 Prozent ein "zweiter Frühling" angebrochen.¹¹ Momenthaft schien die Analyse, die Quelle ihrer Schwierigkeiten sei eine von den Wählern verklärte Oppositionspartei, zutreffend. "Die FPÖ verliert in der Regierung ihren Sex-Appeal und wird bei den Wahlen vernichtet. Seriöse Sach- und kantige Oppositionspolitik der 'Staatsparteien' werden vom Wähler belohnt, Populismus bestraft" - so oder ähnlich mochten am 25. November 2002 wohl viele analysiert haben.

Aber schon vier Jahre später war klar, dass die "Entzauberung" der FPÖ nur wenig beigetragen hatte, die Probleme der ehemaligen Großparteien zu verkleinern. Mit einem Verlust von zehn Prozentpunkten und nur mehr 70 Prozent der Stimmen war die jahrzehntelang selbstverständliche Zweidrittelmehrheit fast schon wieder weg. 2008 - kurz nach dem Tod Haiders - verloren die rotschwarzen Kameraden noch einmal enorme 14,5 Prozentpunkte auf 55,2 Prozent - obwohl das in zwei Parteien zersplitterte (alte) FPÖ-Lager nicht über sein historisches Wahlergebnis von 1999 hinausgekommen war und auch die Grünen Stimmen einbüßten.

¹⁰ Block der ehemaligen Staatsparteien, bereinigt um den international unüblichen Buchstaben Ö

¹¹ http://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_2002

Abwärtstrend intakt
NR-Wahlen in %¹²

	1999/Wahlbeteiligung	2002/Wahlbeteiligung	2006/Wahlbeteiligung	2008/Wahlbeteiligung	Umfrage August 2013
SPÖ	33,2	36,5	35,3	29,3	28
ÖVP	26,9	42,3	34,3	26,0	25
SPOVP	60,1/80,4	78,8/84,3	69,7/78,5	55,3/78,8	53

Ein halbes Jahr vor der Nationalratswahl 2008 schilderte das Nachrichtenmagazin profil die Stimmung gegenüber SPÖ und ÖVP folgendermaßen: "Derzeit, zum Beispiel, langen in den Zeitungen, in den Telefonzentralen des ORF und in den Internet-Foren kaum Reaktionen ein, die der einen oder der anderen Partei die Schuld an der gegenwärtigen Misere geben. Aus ihnen spricht meist auch kein besonderer Zorn über „die da oben“, sondern – weit schlimmer – nur noch blanke Verachtung. Man will nichts mehr, man erhofft sich nichts mehr, die Mehrheit will nicht einmal Neuwahlen."

In aller Eile tauschte die SPÖ noch vor dem Wahltermin ihren glücklosen Kurzzeit-Kanzler Alfred Gusenbauer aus, sein schwarzer Kompagnon musste nach einem desaströsen Wahlergebnis ein paar Monate später gehen.¹³

Auf der politischen Bühne erschienen Werner Faymann und Josef Pröll bzw. Michael Spindelegger - jeder von diesen demonstrativ bemüht, aber keiner um einen Deut weniger verlogen oder bevormundend als ihre Vorgänger. Zum ersten Mal hat die große Koalition fünf statt wie bisher vier Jahre Zeit, um ungestört vom angeblichen Störfeuer durch ständige Wahlen "arbeiten" zu können. Herausgekommen ist nicht viel - wenigstens nicht genug, um den für sie verderblichen politischen Trend zu stoppen.

Im Oktober 2012 spricht der "Kurier" von einem "dramatischen Zerfall der Parteienlandschaft" und der drohenden Unregierbarkeit des Landes: "SPÖ und ÖVP liegen derzeit nur mehr bei rund 45 Prozent (25 SPÖ, 20 ÖVP), und die beiden haben nicht einmal mehr wahlarithmetisch (...) eine Mandatsmehrheit im Nationalrat (...) Weg ist zurzeit auch die pro-europäische Zweidrittelmehrheit. SPÖ, ÖVP und Grüne bringen gemeinsam keine 60 Prozent der Stimmen zusammen (...)"

Zwei Monate vor der Wahl am 29. September 2013 scheint das Bild für SPÖ und ÖVP nicht mehr ganz so schlimm zu sein. Traut man den Umfragen, kommen die beiden ehemaligen Großparteien zusammen doch auf über 50 Prozent und können mit den Grünen auch eine sogenannte "pro-europäische" Verfassungsmehrheit auf die Beine stellen.

¹² Quelle: Innenministerium, Karmasin

¹³ Wilhelm Molterer darf seither als EIB-Vizepräsident Kredite in Milliardenhöhe vergeben.

Die Grünen bemühen sich aus taktischen Gründen zwar um den Eindruck von Distanz, stützen die traditionellen Staatsparteien aber überall dort, wo diese unabweislich auf ihre Hilfe angewiesen sind - beispielsweise bei der Verabschiedung der Euro-Rettungsschirme. Läuft alles nach Plan wird es ein "nächstes Mal", eine Nationalratswahl in Freiheit und Selbstständigkeit im Jahr 2018 ohnedies nicht mehr geben.

Blaues Wendemanöver

Haider war immer vorgeworfen worden, er stelle den Grundkonsens der Zweiten Republik in Frage. Und das war manchmal so, manchmal wurde ihm das aber auch nur nachgesagt. Der Mann war ein Provokateur und hat mit Lust in den Ängsten der Bürger, den Lebenslügen des Staats und in geschichtspolitischen Diskursen herumgestochert, die damals wie heute nur im Schatten einer Strafandrohung von zehn Jahren Gefängnis stattfinden können.

Er hatte zweifellos den Hang, die nationalsozialistische Diktatur zu "verharmlosen". Die Bezeichnung von KZ als "Straflager" ist ein Beispiel dafür und die "ordentliche Beschäftigungspolitik" des Dritten Reichs auch.¹⁴

Derlei Aussagen waren eine bewusste oder unbewusste Verletzung des antifaschistischen Grundkonsenses österreichischer Prägung. Zu diesem gehört aber auch die Bewahrung der Eigenstaatlichkeit auf demokratischer Basis und diesen Teil hat Haider nie verletzt - im Gegensatz zu vielen seiner Kritiker. Trotz ihrer Tradition war die FPÖ - neben den Grünen - die einzige politische Kraft, die sich der Eingemeindung in einen europäischen Großstaat entgegenstellte. Für den Großteil der Freiheitlichen scheint die europapolitische Bruchstelle mit dem Vertrag von Maastricht erreicht worden zu sein.

Im Sommer 1988, dem Jahr, in dem sich der Anschluss Österreichs an das Dritte Reich zum 50. Mal jährte, hat Haider eine mehr oder weniger authentische Empörungswelle ausgelöst. Von einer deutschnationalen Perspektive ausgehend, sagte er im Fernsehen: "Das wissen sie so gut wie ich, dass die österreichische Nation eine Missgeburt gewesen ist, eine ideologische Missgeburt, denn die Volkszugehörigkeit ist die eine Sache und die Staatszugehörigkeit ist die andere Sache."

Haider stellte damit die eben erworbene kleinösterreichische Identität in Frage, nicht aber den österreichischen Staat. Natürlich schwang auch mit, dass da jemand sprach, der sich und seine Kultur als deutsch definierte und der die Eigenstaatlichkeit als eine letztlich vorübergehende

¹⁴ Zu diesem Sager, der Haider das Amt als Kärntner Landeshauptmann gekostet hat, könnte eigentlich ein ganzes Buch geschrieben werden. Der Ausdruck selbst stellt eine Verniedlichung dar, die "Sprechintention" lässt sich aber ohne Schwierigkeiten als Polemik gegen die Regierung in Wien erkennen. Das zugrundeliegende Thema "Drittes Reich und Arbeitslose" ist jedenfalls äußerst facettenreich und für die Gegenwart viel relevanter als es die "politisch korrekte" Diskussion vermuten lässt. Hitler war ein Keynesianer bevor es diesen Begriff noch gegeben hat.

Sache betrachtete - ganz wie seine damaligen "Stammwähler".

Das änderte sich im Verlauf der folgenden zehn Jahre ohne dass Haider seine Haltung zur Neutralität (negativ) und Nato (positiv) aufgegeben hätte. Schritt um Schritt versuchte die FPÖ, das von den Großparteien zurückgelassene österreichpatriotische Erbe anzutreten.

Natürlich passierte das aus Opportunität oder "Opportunismus", wie Haider oft von Leuten vorgeworfen wurde, zu deren Anliegen der Deutschnationalismus ohnedies nicht gehörte. In der Werbebranche würde man sagen: "Die FPÖ hat ein Marktsegment besetzt, aus dem sich ihre Mitbewerber zurückgezogen haben". Den Endpunkt davon bildete das Programm von 1998, in dem sich die Blauen zur neuen Österreich-Partei erklären.

Im Politologienjargon liest sich diese Entwicklung so: "Der ehemals in der Partei vorherrschende Deutschnationalismus wurde seither zur parteiinternen Subkultur und erst durch die Hinwendung zum 'Österreichpatriotismus' wurde die FPÖ für breitere Bevölkerungsschichten wählbar. Zur gleichen Zeit setzten ÖVP und SPÖ in ihrer Identitätspolitik neue Akzente. Dadurch überließen sie klassische Bereiche des Nationalbewusstseins und Nationalstolzes den Freiheitlichen, die sich seither als 'die wahre österreichpatriotische Partei' bezeichneten."¹⁵

Die FPÖ tat sich mit ihrer neuen Nationalmarke sichtlich schwerer als die "Altparteien", die ihre "Identitätspolitik" offiziell ja nie geändert haben. Das ist insofern paradox als die Freiheitlichen durch ihren Positionswechsel unmittelbar ja viel mehr gewinnen als verlieren konnten.

Es gab drei Gründe, warum sie ihre Probleme damit hatten. Erstens war die alte FPÖ nicht nur deutschnational, sondern auch "proeuropäisch" gewesen, wie man das heute ausdrücken würde. In ihrem Bad Ischler Programm von 1968 bekannte sie sich zu einem „europäischen Bundesstaat unter Wahrung der Eigenart seiner Völker". Das ist ziemlich genau das, was SPÖ und ÖVP heute haben möchten, sich aber so (noch) nicht in ihre Parteiprogramme zu schreiben trauen.

Zweitens hegte die FPÖ lange die Hoffnung, ein EG-Beitritt könnte das alte Machtkartell unter Druck setzen und die stickige Stube durchlüften (wobei man wohl hoffte, als Reform- und Europapartei mit an die Futtertröge geholt zu werden). Haider selbst glaubte lange Zeit, eine gegen das österreichische Establishment gerichtete "populistische" Politik mit einem EG-freundlichen Kurs verschmelzen zu können.

Ein Beispiel für diesen Wunschtraum ist eine im September 1991 stattfindende Kontroverse um die Oesterreichische Nationalbank (OeNB), die der Oppositionspolitiker selbst angezettelt hatte. Er schlug vor, den "Privilegienstadl" ganz abzuschaffen, denn mit der Einführung einer europäischen Währung brauche man ja eine lokale Zentralbank mehr.

Es ist amüsant, aus einem zeitlichen Abstand von 20 Jahren den daraus entstehenden Wirbel

¹⁵ <http://www.oezp.at/pdfs/2004-3-03.pdf>

nachzulesen, unter anderem die Reaktion des heutigen Nationalbank-Gouverneurs Ewald Nowotny. Dieser, damals sozialdemokratischer Abgeordneter, erklärte den Schuss gegen die OeNB umgehend zur Gefahr für Wirtschaftspolitik und "Standort".

Das letzte Wort in der Kontroverse hatten aber die Betriebsräte der Nationalbank, die beruhigten, von einer Auflösung könne keine Rede sein, denn auch mit einer gemeinsamen Währung würden "bedeutende Aufgaben für die nationalen Notenbanken bestehen bleiben" - das ganze, bevor Maastricht noch unterzeichnet war und volle sieben Jahre vor der Einführung der Gemeinschaftswährung.

Die Episode zeigt nicht nur, dass Haider 1991 noch Reformhoffnungen in einen EG-Beitritt setzte, sondern auch, dass Institutionen wie die Nationalbank schon lange vor dem Eintritt des "Ernstfalls" wussten, dass sie nicht befürchten hatten.¹⁶

Drittens bedeutete die österreichpatriotische Wende der FPÖ, dass Haider dem Deutschnationalismus abschwören musste. Das scheint dem FPÖ-Politiker besonders schwer gefallen zu sein. Es war ihm ein persönliches Bedürfnis, seinen ältesten Anhängern immer wieder zu "signalisieren"¹⁷, dass er sich persönlich nicht verändert habe und er ihnen und ihren Ideen die Treue halte. Anders lässt sich seine Teilnahme an einem Treffen von Veteranen der Waffen SS noch 1995 nicht erklären.

Haider schien bei der Versammlung anzudeuten, dass er die Sache, für die die Männer ins Feuer geschickt worden waren (und auf die sie nach Jahrzehnten noch stolz waren), irgendwie immer noch unterstütze. Natürlich fand dieser Auftritt seinen Weg in die Zeitungen. Diese berichteten so, als habe Haider einem Haufen von KZ-Wächtern attestiert, sie seien "anständige Menschen".¹⁸

Der aus dieser Causa erwachsende politische Schaden war ehrlich verdient. Und er war beträchtlich, wie sich auch an der Nationalratswahl im Dezember 1995 zeigte, in der der Populist aus Kärnten erstmals Stimmen einbüßte. 1995 war aber nicht mehr als ein temporärer politischer Rückschlag.

Im Oktober 1999 erfolgte die - aus Sicht der Freiheitlichen - politische Krönung. Obwohl (weil?) Haider nicht Spitzenkandidat war, kam die frühere Fünfprozent-Partei auf fast 27 Prozent. Sie fuhr sogar um ein paar hundert Stimmen mehr ein als die ÖVP.

¹⁶ Der Beschäftigtenstand ist seit 1999 übrigens gestiegen, obwohl wesentliche Aufgaben an die Europäische Zentralbank sowie an die neu geschaffene österreichische Finanzmarktaufsicht abgegeben worden sind. Bis auf Eisenstadt und St. Pölten, für die Wien zuständig ist, unterhält das Institut auch heute Außenstellen in jeder Landeshauptstadt.

¹⁷ Politikersprech für: andeuten, aber nicht aussprechen

¹⁸ Die SS stellte viele Wachmannschaften für die Konzentrationslager und die fanatischsten Kämpfer im Osten. Sie wurde im Nürnberger Prozess zur verbrecherischen Organisation erklärt. Das heißt aber nicht, dass jeder SS-Angehörige ein Kriegsverbrecher war. Die Nazis zogen ab 1942 den Großteil der Rekruten zur Waffen SS ein - mit dem Effekt, dass die Betroffenen - wenn sie überlebten - ein Leben lang stigmatisiert waren.

Um es gelinde auszudrücken: Dieses Ergebnis nützte den Freiheitlichen nicht sonderlich. Sie zogen zwar erstmals seit 1985 wieder in eine Bundesregierung ein - aber als klare Nummer zwei hinter dem Verlierer der Wahl 1999, Wolfgang Schüssel. Den Preis zahlten sie zwei Jahre später mit einer vernichtenden Niederlage.

Haider war schon 1999/2000 mit europäischer Hilfe in ein prächtiges Ausgedinge als Kärntner Landeshauptmann geschickt worden (das ihm nach gewonnen Landtagswahlen sowieso zugestanden ist). Statt die Bundespolitik (allzusehr) unsicher zu machen, durfte das nunmehrige "einfache Parteimitglied" ab 1999/2000 ein Kärntner Feudalfürstentum errichten.

Dieses "System Haider" erweckt heute den Anschein, als habe der Mann die Absicht gehabt, im südlichsten österreichischen Bundesland die dunkle Seite des österreichischen Föderalismus zu karikieren. Nicht nur, dass im Land ein dichtes Netz von Gefälligkeiten und Gegengefälligkeiten entstand - bzw. adaptiert wurde; ganz im Stil wohlthätiger Landesherren vergangener Jahrhunderte ließ es sich der Kärntner Landeshauptmann auch nicht nehmen, eigenhändig öffentliche Gelder zu verteilen - als handle es sich um privates Geld.

Vor allem anderen aber trifft Haider die politische Verantwortung für die irren, ursprünglich 24 Mrd. Euro schweren Ausfallsbürgschaften, die Kärnten für die landeseigene Hypo Alpe Adria übernahm. Offenkundig ließ Haider dem Bank-Management in dessen Expansionsrausch freie Hand so lange ihm dieses seine politischen Lieblingsprojekte finanzierte.¹⁹

Trotzdem ist der 2008 bei einem Unfall ums Leben Gekommene nicht der Alleinschuldige an einem Desaster, das die Österreicher bis jetzt 3 Mrd. Euro gekostet hat (bis die Bank abgewickelt ist, wird wenigstens die gleiche Summe fällig). Denn auch die bundesstaatlichen Bankenaufseher ließen die Hypo ohne Wimpernzucken gewähren und Haider gelang knapp vor dem Ausbruch der Finanzkrise ein eigentümlich vorteilhafter Verkauf an die BayernLB. Damit waren die Kreditleichen der Hypo unter die Erde gebracht und die Sache für ihn selbst und für Kärnten erledigt - so hat es sich Haider damals sicher vorgestellt.

Doch massenhaft vergebene Kredite in Ex-Jugoslawien erwachten wie die Zombies zu neuem Leben und machten sich auf die Suche nach den Leuten, die für sie Bürgschaften abgegeben hatten. Ende 2009 "schenkte" die BayernLB die vor dem Kollaps stehende Bank, für die sie zwei Jahre davor 3,7 Mrd. Euro bezahlt hatte, zurück. Dem damaligen österreichischen Finanzminister Josef Pröll blieb angeblich keine Wahl als das "Geschenk" anzunehmen und das Institut aufzufangen.

Um die genauen Umstände - was zum Zusammenbruch führte und ob die Notverstaatlichung wirklich notwendig war - werden derzeit ein Prozess mit den Bayern und Dutzende Ermittlungsverfahren in Österreich geführt. Dass die Bayern die Bank binnen zwei Jahren

¹⁹ APA 246, 19.5.2010

abgewirtschaftet hätten²⁰ ist wohl nicht mehr als eine Schutzbehauptung. Richtig ist aber zweifellos, dass der 15. September 2008²¹ die Regeln des Banken-Spiels auf der ganzen Welt grundlegend verändert hat.

Österreich tour retour

Nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur war die ÖVP der unbestrittene Champion in Sachen Patriotismus. Nur die moskautreuen Kommunisten kamen ihr an vaterländischem Eifer nahe. Der von den Nazis umgebrachte Alfred Klahr begründete schon 1937 die Existenz einer eigenständigen österreichischen Nation, als sich die Kruckenkreuzler noch als der "bessere deutsche Staat" bezeichneten.

Und 1945 schrieb der Kommunist Ernst Fischer, Kurzeit-Regierungsmitglied und Chefredakteur einer mit Kriegsende entstandenen Tageszeitung namens "Neues Österreich", eine Broschüre über die "Entstehung des österreichischen Volkscharakters" - was sicherlich auch viel mit Parteilinie und der Feindschaft zu Hitler-Deutschland zu tun gehabt hat.

Das Kriegsende verursachte so etwas wie ein kollektives Trauma, in dem sich Kriegsstress, Angst, Schuldgefühle, Selbstmitleid und Wut mischten. Ein Teil der Überlebenden fand schnell zu einem österreichischen Nationalbewusstsein zurück, "eine Erfahrung des Wiederfindens und Wiedererlangens von Vertrautem, das verloren gegangen war", wie ein Historiker schildert. Andere wandten sich aus innerer Überzeugung, wieder andere aus Opportunismus vom Deutschtum ab - der gleiche Typ, der 1938 umgehend sein Fähnchen nach dem Wind gehängt hatte. Bei den meisten dauerte es Jahre bis sie die Erfahrung von sieben Jahren Tausendjährigem Reich verarbeitet hatten und mit sich selbst ins Reine gekommen waren.

Der Sozialhistoriker Ernst Bruckmüller spricht von einem "lange anhaltenden Schwebestand", der sich in Sachen Nationalidentität entwickelt habe.²²

Der Nationalsozialismus sei zwar vollständig diskreditiert gewesen, aber viele in den bürgerlichen und gebildeten Schichten hätten die großdeutsche Ideologie quasi mit der Muttermilch eingesogen, während die Sozialdemokraten aus ideologischen Gründen lange skeptisch geblieben seien: "Hinter 'Österreich' könnte sich ja nach wie vor die Reaktion verstecken", in den schwarzen Österreichpatrioten sei damals noch unschwer der politische Feind aus dem Ständestaat zu erkennen gewesen. Erst "ab etwa 1956 hat auch die SPÖ ein positiveres Verhältnis zur Problematik eines eigenständigen österreichischen Bewußtseins gefunden".

²⁰ APA 446, 19.5.2010

²¹ Pleite von Lehman Brothers

²² Ernst Bruckmüller, Die Entwicklung des Österreichbewusstseins. In: Kriechbaumer, Robert (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Wien/Köln/Weimar 1998

Die neue, alte Heimat in der Mitte des geteilten Kontinents konnte zwar nicht mit Preußens Glanz und Gloria aufwarten, aber davon hatten die meisten ohnedies die Nase voll. Der neue politische Status quo hatte nicht unbeträchtliche Vorzüge und die Wirtschaft entwickelte sich nicht schlecht. Auch in Österreich fand ein kleines Wirtschaftswunder statt. Die sicherheitspolitische Nagelprobe bestand die Republik 1956, bei der Niederschlagung des Ungarn-Aufstands.

Damals zeigte sich, dass die Österreicher ihre Aufgaben als neutraler Staat wahrnahmen, vor allem aber, dass die Sowjets gewillt waren, die Vereinbarung von 1955 zu respektieren. Was auf der einen Seite an militärischer Sicherheit abging, weil man nicht mehr direkt unter dem Schutz der Amerikaner stand, ersparte man sich auf der anderen Seite durch den Wegfall von Lasten, die aus einer Westintegration entstanden wären. Kurz: In der neuen Heimat am Grenzbalken zwischen Westen und Osten ließ es sich leben, unvergleichlich besser als in der Kriegswirtschaft des totalitären Großdeutschland oder in einem kommunistischen Mangelsystem.

Mit der Zeit verblasste die großdeutsche Indoktrination und die Republik legt sich ihre eigenen Geschichtsmythen und Symbole zu. Ein eigenes Nationalbewusstsein begann zu sprießen: "Ab den späten 1960er Jahren wird das Österreichbewusstsein im kollektiven Bewußtsein so dominant, daß man nun von einem österreichischen Nationalbewußtsein sprechen kann", schreibt Bruckmüller, der die Entwicklung des Nationalbewusstseins mithilfe von Umfragewerten aus drei Jahrzehnten schildert.

Nation Österreich
Zustimmung in %

	1964	1970	1977	1980	1987	1989	1990	1992	1993
Ö. sind Nation	47	66	62	67	75	79	74	78	80
Ö sind keine Nation	15	8	11	11	5	4	5	5	6

Kristallisationskern des neuen Nationalismus ist weder ein religiöser Auftrag noch eine rassistische oder geopolitische Mission: "Diese nationale Identität bezieht sich eindeutig auf das Gebiet der Republik Österreich. Etwas weniger als drei Viertel der Österreicher hatten dabei das Nationsbild 'Staatsnation' im Sinn (Nation beruht auf Zustimmung der Menschen zu dem Staat, in dem sie leben)."

Für 1987 existiert ein Schnappschuss über die gefühlsmäßige Bindung der Befragten an verschiedene territoriale Einheiten. Das Ergebnis ist überraschend: Stärker noch als mit dem Heimatort und mit dem Bundesland fühlen sie sich mit Kleinösterreich verbunden. Hätte es in der Ersten Republik bereits Meinungsumfragen gegeben, wäre ein solches Ergebnis völlig undenkbar gewesen.

Emotionale Verbundenheit
(in %):

Heimatort	29
Bundesland	27
Österreich	39
Deutscher	1
(Mittel)Europäer	2
Weltbürger	2
Anderes	1

Zum 40. Geburtstag geben Politiker von ÖVP, SPÖ und FPÖ - Fritz Bock, Hertha Firnberg und Wilfried Gredler - eine Art Liebeserklärung an die Zweite Republik heraus. Sie heißt "Österreich zuliebe. Der Staat, den alle wollten."

Der Titel dieser Aufsatzsammlung antwortet auf ein in den 1970ern erschienenes Buch des Journalisten Hellmut Andics: "Der Staat, den keiner wollte", die tragische Geschichte eines unter einem unglücklichen Stern geborenen Landes. Andics beschreibt, wie das erste Österreich aus der Konkursmasse der Doppelmonarchie entstanden ist und wie sich die sechs Millionen Restösterreicher gefragt haben, wer sie sind und wie sie künftig überleben können und keine schlüssige Antwort darauf gefunden haben.

Dieser Befund trifft auf die Zweite Republik nicht mehr zu, erklären Bock, Firnberg und Gredler 1985 sinngemäß: Das Großdeutsche Reich war eine schlimme Erfahrung, aber heute geht es uns wirtschaftlich gut, wir wissen, wer wir sind und wir leben in einem unabhängigen Staatswesen. Uns ist bewusst, dass unsere Kräfte beschränkt sind, aber eben deswegen verzichten wir darauf, uns in internationale Konflikte einzumischen. Wir bleiben neutral, eben weil wir selbst uns nichts vorschreiben lassen wollen.

Es war die hausbackene, ein wenig spießige, aber realistische Sicht der Dinge, die eine Generation lang gegolten hatte.

Doch nur ein paar Jahre später lässt eine zwischen Minderwertigkeitsgefühlen und Größenwahn hin- und hergerissene politische Klasse das alles nicht mehr gelten. Als wäre die Lebensphilosophie der Zweiten Republik wissenschaftlich widerlegt worden, wird eilig zum Abschied von der Doktrin der relativen Unabhängigkeit in der kleinen Welt geblasen. Die neue Lehre besagt das Gegenteil: Die vollkommene Abhängigkeit von der großen Welt.

Dieser Haltungswechsel wurde und wird in den Reden der Politiker und Wirtschaftskapitäne über die Jahre tausendfach abgewandelt, am besten kommt er aber in einem alten Zeitungskommentar zum Ausdruck, den der sozialdemokratische Klubobmann 2008 bei der Debatte um den Vertrag von Lissabon verwendet: "Erwählen wir uns freiwillig ein krisenanfälliges,

gefährliches Zwergendasein, oder setzt sich unsere alte Sehnsucht nach Paneuropa durch?" Österreich könne das erreichte "soziale Niveau" nur durch die EU-Mitgliedschaft erhalten.

Hier Krise, Gefahr und Zwergentum, dort Wohlstand, Sicherheit, Paneuropa.²³ Prägnanter konnte die von Andics beschriebene Ideologie nicht geschildert werden. Um den Geist der Ersten Republik wiederzugeben hätte man nur das Wort "Paneuropa" durch "Deutschland" ersetzen müssen. Wie damals hieß es plötzlich wieder: Ein Kleinstaat ist in der Welt von heute wirtschaftlich nicht überlebensfähig und militärische Sicherheit kann er nur über die Preisgabe seiner Unabhängigkeit erlangen.

1988 hatte das das Gemurmel, wie sich die Zeiten doch geändert hätten, Zimmerlautstärke erreicht. Die österreichischen Oligarchen hatten sich insgeheim bereits für einen Vollbeitritt entschieden, doch ähnlich einem Öltanker benötigt ein Staatsschiff für die Umkehr einen großen Wenderadius und viel Zeit.

Das patriotische "Bäumchen wechsele Dich"-Spiel zwischen den Parteien wurde von den Medien kaum wahrgenommen bzw. falsch eingeschätzt, vielleicht wegen der Langsamkeit des Prozesses, weil SPÖ und ÖVP nur wenig Aufhebens um ihren Fahnenwechsel machten oder auch wegen der manisch-depressiven Art Haider und der zwanghaften Skandalisierung, die er erfuhr. Deutlicher als die Zeitungen scheinen die Wähler selbst diesen Prozess wahrgenommen zu haben.

SPÖ und ÖVP befanden sich in einem Dilemma wie Unternehmen, die ein "verbessertes Produkt" herausbringen wollten. Es gibt in einer solchen Situation ein fundamentales "Kommunikationsproblem": Einerseits wollen die Anbieter die zufriedenen Kunden der alten Ware nicht verlieren, andererseits eben eine neue Ware/Marke verkaufen, möglichst zu einem besseren Preis. Die Entscheidung für die Produktinnovation ist unwiderruflich gefallen, aber die Umstellungskosten müssen so gering wie möglich gehalten werden.

Hersteller von Konsumgütern versuchen in einer solchen Lage manchmal, den Stier bei den Hörnern zu packen, nach dem Muster eines umgetauften Schokoriegels ("Raider heißt jetzt Twix"). Nicht so die politischen Parteien. Ein derart brachiales Vorgehen musste auf jeden Fall vermieden werden, denn mit einer schockartigen Neupositionierung hätte man kurz- und vielleicht auch längerfristig politisches Kapital eingebüßt.

Die gewählte Lösungsvariante heißt im Marketing-Sprech "Soft Rebranding", das langsame Ausblenden des alten Designs bzw. die schrittweise Annäherung an die neue "corporate identity". Idealerweise steht der Konsument am Ende vor einem völlig neuen Produkt und kann sich nicht mehr entsinnen, früher jemals eine andere Ware eingekauft zu haben.

Speziell die ÖVP, die u.a. aus nationalpolitischen Gründen eine Koalition mit Haider ablehnte

²³ Der subtile Hohn an der Verwendung des 1994 geschriebenen Satzes bestand darin, dass sein Autor, Hans Dichand, 2008 ebenso vehement wie vergeblich eine Volksabstimmung über den Vertrag von Lissabon verlangte.

("Wir sind eine Österreich-Partei"), musste einen solchen sanften Markenwechsel vollziehen. Aus der alten Heimatpartei wurde die "Österreichpartei in Europa".²⁴ Sozusagen zum Ausgleich garniert sie jeden Integrationssschritt mit Beteuerungen besonderer Vaterlandsliebe. Besonders gern und ausgiebig beschwor sie ihre patriotischen Champions aus den 1950er-Jahren.²⁵

Der Staat, den keiner wollte, Teil II

Vergleicht man die kleinösterreichischen Staaten nach 1918 bzw. 1945 werden zwei Dinge deutlich: Die Feststellung, die Erste Republik sei ein "Staat, den keiner wollte" gewesen, ist gerechtfertigt und das Klagelied selbst war auch mehr als verständlich. Ihre politische und wirtschaftliche Ausgangssituation war miserabel. Die zweite Schlussfolgerung lautet: Die Voraussetzungen der Zweiten Republik waren in jeder Hinsicht besser, sie hat sich in einer historischen Gunstlage entwickeln können.

Sie war - wenn es so etwas gibt - ein erfolgreicher Staat. Umso bedrückender ist die Leichtfertigkeit, mit der die Enkel der Gründer sie für europäische Luftschlösser aufgegeben haben.

Beide Staaten entstanden aus einer militärischen Niederlage und in beiden Fällen war durch den Krieg der einheitliche Wirtschaftsraum zerrissen worden, in dem sich das Land befunden hatte - einmal durch die Aufteilung des Habsburgerreichs in St. Germain und das zweite Mal durch die Besatzungszonen der Alliierten.

Weil es 1919 in der Heimat keine Sachschäden durch den Krieg gab, war die Situation für die Überlebenden vielleicht nicht ganz so schlimm wie 26 Jahre später. Politisch gesehen hatte Deutsch-Österreich - wie sich der Nachfolgestaat anfangs nannte - aber wesentlich schlechtere Karten.

Vom kaiserlichen Doppeladler war nicht mehr als ein ausgeblutetes Etwas geblieben, über das der französische Premier Georges Clemenceau sagte: "Österreich ist der Rest." Die Produktion war gegenüber der Vorkriegszeit um ein Drittel eingebrochen, es herrschten Nahrungs- und Rohstoffmangel und mit drei, vier Jahren Verzögerung mussten Arbeiter und Beamte, Konsumenten und Sparer erneut für eine aus dem Krieg offen gebliebene riesige Rechnung aufkommen. Eine Hyperinflation zerstörte die aus der Monarchie übriggebliebene Kronenwährung und ließ Teile des Kleinbürgertums verarmen.

Die Sieger verboten dem neuen Staat, sich an Deutschland anzuschließen und versagten ihm gleichzeitig die Bedingungen, die er benötigt hätte, um sich allein fortbringen zu können. Zusammen mit den alten Verpflichtungen und dem Geld, das 1923 für das schiere Überleben

²⁴ Formulierung im Grundsatzprogramm von 1995

²⁵ Siehe z.B. Erhard Busek am 21.4. 1995, OTS 048, Busek: ÖVP ist die Österreich-Partei schlechthin

aufgenommen werden musste, war man von Anfang an hoffnungslos überschuldet und befand sich in einer Situation, die in mancher Hinsicht jener des heutigen Griechenland gleicht.

Daher ist nicht verwunderlich, dass nicht nur deutschnationale, sondern auch sozialdemokratische Politiker den Anschluss an den großen Bruder im Norden anstrebten. Christlichsoziale und Bürgerliche konnten dies nicht allzu offen tun, weil sie in praktisch jeder Regierung vertreten waren und wenigstens offiziell den politischen Grundkonsens der Ersten Republik mittragen mussten. So versuchten sie, wenigstens die Handelsschranken gegenüber Deutschland einzureißen - ohne Erfolg.²⁶ Das niedere Volk hasste den Staat schon, bevor dieser überhaupt mit seinen Kürzungen, Steuererhöhungen und Beamtenkündigungen angefangen hatte.

Die "Völkerbundanleihe" von 1923 trug zwar einen freundlich klingenden Namen, war mit zehn Prozent Zinsen (effektiv) aber alles andere als ein "Soft Loan".²⁷

Ein von der League of Nations entsandter Finanzkommissar wachte darüber, dass die (in diesem Fall wirklich) drakonisch strengen Auflagen auch erfüllt wurden. Rückzahlbar war der 650 Millionen-Kronen-Kredit in harter Währung.²⁸ Die Kreditsumme entsprach (ohne Zinsen) 195 Tonnen Gold - das Zweieinhalbfache jener Menge, die Hitler 1938 aus Österreich abtransportieren lassen sollte.

Bis zum "Anschluss" kam die Republik auch ihren Verpflichtungen nach, sowohl die (Nachfolgerin der) Genfer als auch die Lausanner Anleihe wurden ordnungsgemäß bedient. Bezahlt wurde dafür freilich mit einer "scharfen Austeritätspolitik", wie man heute sagen würde. 1925 musste die Regierung etwa 27 Prozent ihrer Ausgaben für die Bedienung der Schulden stecken, relativ gesehen etwa das Vierfache des heutigen Schuldendienstes.

Die hohen Zinsen waren ein Faktor, der heute nur schwer verständlich scheint, vor allem angesichts des Umstands dass andere Staaten die Ausfallsbürgschaft übernommen hatten und die Verschuldung um ein Vielfaches unterhalb der heutigen lag. Die direkte Bundesschuld der Ersten Republik betrug Ende 1930 gerade einmal 18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (ohne Altverpflichtungen).

Die internationalen Schulden und die Finanzkontrolle bildeten sozusagen das Spielbrett, auf dem sich der politische Konflikt zwischen Sozialdemokraten, Christlichsozialen und Deutschnationalen abspielte. Dieser Parcours war nicht so angelegt, dass auch nur theoretische

²⁶ Der Versuch einer Zollunion scheiterte am Veto der Sieger- bzw. Gläubigermächte

²⁷ Dafür scheint sie in der heutigen politischen Klasse aber gehalten zu werden. Als der Autor dieser Zeilen einmal Zweifel an den Griechenland-Krediten durchblicken ließ, hielt ihm ein hoher politischer Funktionär entgegen: "Uns ist früher auch geholfen worden, ohne dass wir alles zurückzahlen hätten müssen - zum Beispiel mit der Völkerbundanleihe." Er schien sich darauf zu beziehen, dass die Bezahlung des nach dem 2. Weltkrieg noch ausstehenden Viertels über eine Pauschalvereinbarung geregelt wurde.

²⁸ Zu den Umständen der Anleihe siehe z.B. Norbert Blieberger, Österreichs Währungskrise 1922/23 und ihre Lösung, Diplomarbeit 1999.

Chancen bestanden, ihn bewältigen zu können.

Die Situation nach 1945 war eine andere und dies war zu einem Gutteil auf "glücklichere Umstände" zurückzuführen, sprich: auf die Großzügigkeit der Amerikaner, die wiederum vom Kalten Krieg befeuert wurde.

Die (faktischen) Reparationen, die an die UdSSR abgeführt wurden, erreichten zwar Milliardenhöhe²⁹, insgesamt blieben sie im Vergleich zum Ersten Weltkrieg aber gering; die Westalliierten verzichteten auf das ihnen eigentlich zustehende deutsche Eigentum. Und als einziges (auch) von Sowjettruppen besetztes Land erhielt Österreich auch Hilfe aus dem Marshallplan. Es waren Grants und keine rückzahlbaren Kredite und diese Zuschüsse fielen relativ gesehen deutlich höher aus als in den meisten anderen europäischen Ländern - zusammen 1,1 Mrd. Dollar. 1949 und 1950 machten Mittel aus dem Hilfsprogramm jeweils sieben bis acht Prozent des österreichischen BIP aus (kaufkraftbereinigt).³⁰

Weil Österreich der EWG nicht beitreten durfte, musste es 1973 mit der zweitbesten Lösung vorlieb nehmen, die aber auch nicht schlecht war. Mit einem Assoziationsabkommen gelang eine weitgehende wirtschaftliche Integration in die Wirtschaftsgemeinschaft. Ausgenommen waren beispielsweise agrarische Produkte. Vor allem für exportorientierte Industriebetriebe war es die wohl wichtigste Weichenstellung in der Nachkriegsgeschichte: Man hatte mit einem Schlag gleichberechtigten Zugang zu einem Markt von 100 Millionen Menschen gewonnen.

Die Einheitliche Europäische Akte und das Binnenmarktprojekt der EG haben in Wien 15 Jahre später den Wunsch entstehen lassen, diesen Marktzugang zu erhalten und womöglich auszubauen. Insofern lagen die Verhandlungen über den EWR bzw. den Vollbeitritt auf der Linie dessen, was Wien immer schon angestrebt hatte.

Eine gemeinsame Währung oder gar eine Staatenbildung waren aber nie Teil dieses ursprünglichen Konzepts gewesen. Als Österreich 1995 den Beitritt vollzog, waren diese beiden Elemente bereits im Keim angelegt. Es gab aber auch schon Schüsse vor den Integrations-Bug, und das nicht zu knapp. Beispielsweise die Ausnahmen für die Engländer und Dänen und schief gegangene bzw. äußerst knappe Abstimmungen: Dänemark 1992 (knappes Nein zu Maastricht), Frankreich 1992 (knappes Ja zu Maastricht), Schweiz 1992 (knappes Nein zum EWR) und Norwegen 1994 (knappes Nein zum EU-Beitritt).

All das hätte Anlass zu einer vorsichtig-distanzierten Haltung geben können. Aber nein - nach dem Beitritt stürzten sich die österreichischen Regierungen geradezu in die Schlacht um einen neuen europäischen Staat - fanatisch und mit dem Eifer des Novizen.

²⁹ Konkret handelte es sich um den Abtransport von zehntausenden Fabrikanlagen, die Ausbeutung deutschen Eigentums in der sowjetischen Besatzungszone bzw. um 1955 vereinbarte Ablösezahlungen und -lieferungen

³⁰ Josef Haas, 60 Jahre Marshall-Plan - eine Würdigung aus österreichischer Sicht, Geldpolitik & Wirtschaft 02/2007, S. 137